

Eitorf, den 26.10.2015

Amt 81.1 - Kaufmännische- und Verwaltungsabteilung Gemeindewerke

Sachbearbeiter/-in: Markus Stricker

Bürgermeister

i.V.
Erster Beigeordneter

MITTEILUNGSVORLAGE
- öffentlich -

Sitzungsvorlage

Betriebsausschuss

30.11.2015

Tagesordnungspunkt:

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 09.02.2015 zum Aufzeigen von Geschäftsmodellen/Geschäftsfeldern für die Gemeindewerke und gleichlautende Anregung aus der Erarbeitung des Stadtmarketing-Konzeptes
Hier: Umfrageergebnisse zum Themenschwerpunkt „wirtschaftliche Betätigung“

Mitteilung:

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat in ihrer Rede zum Gemeindehaushalt 2015 am 09.02.2015 den nachfolgend wörtlich wiedergegebenen Antrag gestellt:

„...Weiterhin wurden vor Jahren im Entlastungssammler Vorrichtungen vorgesehen, um Wärmetauscher einbauen zu können, die zur Warmegewinnung für das Schwimmbad, Schulen usw. eingesetzt werden können. Energieerzeugung zur Selbstnutzung spart nicht nur Geld, sondern ist das Tor zu einem weiteren Geschäftsfeld zur Erzielung von Einnahmen.

Es gilt, die Werke fit zu machen für die Zukunft und so aufzustellen, dass die Gebühren weiterhin günstig bleiben!

Wir beantragen daher, dass die Verwaltung aufzeigt, welches Geschäftsmodell bzw. Geschäftsfeldweiterung sie für möglich hält und welche Maßnahmen dafür erforderlich sind.“

In dieselbe Richtung zielte ein Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum „Stadtmarketingkonzept Eitorf - Beratung des Entwurfs des Maßnahmenkatalogs“. Der Fraktionsvorsitzende hielt es in der Sitzung des AWMT am 15.01.2015 für sinnvoll, das vorgebrachte Thema „Geschäftsfelder der Gemeindewerke erweitern“ im Fachausschuss zu beraten.

Auch dieser Vorschlag wird zum besseren Verständnis nachfolgend wörtlich wiedergegeben:

„1.5. Erweiterung des Geschäftsfeldes der Gemeindewerke: Als Flächenkommune muss die Gemeinde Eitorf eine umfangreiche Infrastruktur für die Versorgung (Wasser) und Entsorgung (Abwasser) vorhalten und unterhalten. Dies erfolgt über die Gemeindewerke. Die Kosten werden gedeckt durch die Erhebung von Gebühren nach der entsprechenden Satzung. Es ist abzusehen, dass durch die demographische Entwicklung sich durch dieses Umlageverfahren für die Bürger erhebliche Kostensteigerungen ergeben werden. Hier besteht für die Gemeindewerke die Möglichkeit als Wärme/Energielieferant aufzutreten. Hierzu müssten die einzelnen Blockheizkraftwerke bei den Werken gebündelt werden, um überschüssige Wärme/Energie entsprechend im Ort zu vermarkten. In diesem Zusammenhang kann der Entlastungssammler zur Warmegewinnung herangezogen werden, da sei-

nerzeit bei Bau schon entsprechende Vorkehrungen getroffen worden sind. Eine weitere Ergänzung würde auch Power-to-Gas darstellen. Gegebenenfalls ist hierbei eine Partnerschaft anzudenken. Die dadurch gewonnen Erlöse können zum Erhalt der erforderlichen Infrastruktur beitragen und so die Belastung der Bürger reduzieren.“

Der Antrag geht dahin, die Verwaltung zu beauftragen, aufzuzeigen, welche zusätzlichen Geschäftsfelder sie bei den Werken angesiedelt für möglich hält und ebenso aufzuzeigen, welche Maßnahmen erforderlich wären, um solche Geschäfte auch wahrzunehmen.

Davon ausgehend, dass

- dieses Aufzeigen in dann für den Ausschuss und ggf. Rat **entscheidungsfähiger** Weise erfolgen soll und
- nur Geschäftsfelder erarbeitet und vorgelegt werden sollen, die **rechtlich zulässig sind und prognostisch nachhaltig-wirtschaftlich Sinn machen** und
- **belastbare** Aussagen zu den für eine Geschäftsfelderweiterung erforderlichen **Maßnahmen und Aufwand** gemacht werden sollen,

zeigt sich hier **erheblicher** Prüfungs- und Erarbeitungsaufwand.

Mit Verwaltungsvorlage Nr. XIV/0197/V wurde die Thematik in die Sitzung des Betriebsausschusses am 18.05.2015 eingebracht und eingehend besprochen. Zum Ende der Aussprache bestand Einigkeit darüber, in einem ersten Schritt eine „Bestandsaufnahme“ bei anderen Kommunen vorzunehmen, um einen groben Überblick über mögliche weitere Geschäftsfelder/Geschäftsmodelle zu erhalten. Die Ergebnisse sollten dem Ausschuss ohne zusätzliche Erläuterungen und Bewertungen in einer späteren Sitzung zur Kenntnis gebracht werden. Im Anschluss daran, so die einhellige Meinung, könne man ggf. eine detaillierte Untersuchung zur Umsetzung möglicher Potenziale in Eitorf anstreben. Diesen Bestrebungen ist die Verwaltung zwischenzeitlich nachgekommen und hat Informationen eingeholt. Im Rahmen einer Umfrage wurden insgesamt 61 Kommunen in der Größenordnung bis ca. 27.000 Einwohner zu deren wirtschaftlichen Betätigung angeschrieben. Die Rücklaufquote lag bei rund 75 %. Die Auswertung der eingegangenen Fragebögen liegt der Mitteilungsvorlage in Form einer Übersichtsliste bei.